

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

14.4.1925 (No. 86)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich:
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K n e n d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipationen werden nicht angenommen. Bei Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Die Vereinigten Staaten und Lateinamerika

Aus Panama wird uns geschrieben:
Die Nationalversammlung von Panama hat durch besonderes Gesetz die Regierung des Landes ermächtigt, die Panama befreundeten amerikanischen Regierungen zur Beschädigung des am 22. Juni 1926 in der Stadt Panama beginnenden panamerikanischen Kongresses einzuladen.

Dieser panamerikanische Kongress — es ist der 6. dieser Art von Kongressen — hat eine besondere Bedeutung als Jubiläumskongress, denn genau 100 Jahre vor dem geplanten Beginn des 6. Kongresses, am 22. Juni 1826, hatte der von dem großen Befreier Lateinamerikas, Simon Bolivar, einberufene erste Kongress der hispano-amerikanischen Staaten begonnen und zwar ebenfalls in der Stadt Panama.

Der 6. Kongress soll mit einem interamerikanischen Studentenkongress verbunden werden. Die allgemeinen Richtlinien für den Kongress sind wohl mit dem Generalsekretär der Panamerikanischen Union in Washington, Dr. Leo S. Rowe, bei seinem vor kurzem hier stattgehabten Aufenthalt gelegentlich seiner Rückkehr von der Jahreshundertsfeier der Schlacht von Ayacucho in Lima besprochen worden.

Diese Tatsache und der Umstand, daß der Staat Panama bekanntlich eine Gründung der Vereinigten Staaten ist und wirtschaftlich von ihnen ganz abhängt, sprechen dafür, daß die Vereinigten Staaten auf diesem 6. panamerikanischen Kongress eine besonders große Rolle spielen dürften, zumal, da sich inzwischen ihr Verhältnis zu einer größeren Anzahl von lateinamerikanischen Ländern sehr gebessert hat. Wie sie Schiedsrichter zwischen Chile und Peru sind, so werden sie voraussichtlich auch Schiedsrichter zwischen Bolivien und Paraguay in den Grenzstreitigkeiten dieser beiden Länder werden. Auch das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Mexiko ist ein wesentlich günstigeres geworden.

Soweit unser Bericht aus Panama. Wie sehr die Annahme von der Besserung der Beziehungen zwischen Nordamerika und seinem südlichen Nachbarn Mexiko zutrifft, geht aus dem nachstehenden Bericht aus Mexiko vom 6. März hervor: Die Vereinigten Staaten haben in den letzten Wochen in einer fröhlichen Frage Mexiko ein Entgegenkommen bewiesen, das die Staaten nicht viel kostet, dem mexikanischen Selbstbewußtsein aber sehr schmeichelhaft ist. Es handelt sich um folgenden:

Im Jahre 1861 wurde von dem mexikanischen Gouverneur von Niederkalifornien den Vereinigten Staaten die Errichtung einer Kohlenstation in Michilimque an der Ostküste von Niederkalifornien gestattet. Der mexikanische Außenminister Lerdo de Tejada bestätigte 1867 jene Genehmigung des Gouverneurs von Niederkalifornien, obwohl dieser gar nicht dazu befugt gewesen war, ja der Minister gestattete noch obendrein den amerikanischen Kohlenhändlern abgabenfreie Einfuhr. Diese mehr als freundschaftliche Haltung Lerdo de Tejadas gegenüber den Vereinigten Staaten war sehr begrüßt, denn Nordamerika hatte ja soeben den Weg der französischen Truppen aus Mexiko bewirkt und dadurch die Niederwerfung des mexikanischen Kaiserreichs durch den republikanischen Präsidenten Juarez ermöglicht. Als im Jahre 1899 unter der Präsidentschaft von Porfirio Diaz Schwierigkeiten wegen der zugestandenen Abgabenfreiheit entstanden, wurden die alten Zugeständnisse erneuert, allerdings mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß die aus freien Stücken gegebene Konzession jederzeit widerrufen werden könnte. Um diesem der mexikanischen Verfassung widersprechenden Zustande ein Ende zu machen, hat die mexikanische Regierung bereits unter dem vorigen Präsidenten Obregon die Vereinigten Staaten gebeten, Mexiko wieder die volle Gebietshoheit über die Kohlenstation Michilimque einzuräumen. Diefem Wunsch haben die Vereinigten Staaten jetzt entsprochen, indem sie sich bereit erklärten, die Zone demnachst den mexikanischen Zoll- und Zafensbehörden zurückzugeben.

Dem seit einigen Jahren sehr stark gewachsenen mexikanischen Nationalgefühl war die amerikanische Kohlenstation auf mexikanischem Gebiet sehr unbehagen und deshalb begrüßt die mexikanische Presse sehr warm den Erfolg der Regierung des Präsidenten Calles und das Entgegenkommen Nordamerikas. Die Taktik der Vereinigten Staaten ist außerordentlich klug, denn einerseits verlieren sie wenig durch die Aufgabe dieser Kohlenstation, weil die Flottenstützen im Pacific vornehmlich auf Ozeanerung eingestellt sind und andererseits sind sie — man denke nur an die von ihnen dem Präsidenten Obregon gewährte Unterstützung bei der Revolution de la Suertaa — darauf bedacht, ein freund-

liches Verhältnis zu den lateinamerikanischen Ländern und besonders auch zu Mexiko herzustellen. Die von früheren nordamerikanischen Präsidenten, insbesondere auch von Roosevelt, beliebte Taktik der Drohung und Einmischung hat nur bewirkt, eine Abwehrfront Lateinamerikas gegen die Vereinigten Staaten zu schaffen. Durch den Schaden belehrt, sind die Staaten jetzt zur Taktik freundnachbarlichen Wohlwollens übergegangen und sie werden sicherlich dabei besser fahren als früher.

Zur Reichspräsidentenwahl

Ein Aufruf des Volksblockkandidaten Marx

Der Präsidentschaftskandidat des Volksblocks, Reichstanzler a. D. Marx richtet an das deutsche Volk den folgenden Ostergruß:

„Das Vertrauen weiter Volkstreife hat mir die Kandidatur für die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angeboten. Ich bin diesem Ruf gefolgt im vollen Bewußtsein, daß dieser Wahlkampf nicht nur um das höchste, sondern auch um das schwerste und verantwortungsvollste Amt der deutschen Republik geführt wird.“

Ich sehe in dem freigewählten Staatsoberhaupt das Sinnbild, aber auch den Hüter der deutschen Volkseinheit. Diese Einheit darf sich nicht in sprachlicher und staatlicher Gemeinschaft erschöpfen. Einheit des Volkes ist Einheit des Geistes, Einheit des Geistes aber ist Uebereinstimmung aller über die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens im eigenen Volke und über die Ziele für das Zusammenwirken mit allen anderen Völkern.

Die Grundlagen der sozialen Gemeinschaft im Volke aber scheinen mir zu sein: Freiheit des Einzelnen und Pflicht gegen die Gesamtheit. Wer sich dieser Pflicht bewußt ist, wird ethisch handeln; und innerhalb dieses Rahmens darf es keinem Einzelnen und keiner Gruppe verwehrt sein, nach freiem Ermessen seinem religiösen Bekenntnis zu folgen.

Ein Volk, das von diesem Geiste erfüllt ist, wird ohne Schwanken auch das richtige Verhältnis zu den anderen Völkern finden. Hier hat das deutsche Volk zwei Aufgaben: Es muß seine Freiheit erringen, um dann seine Pflicht gegen die Gesamtheit, die Menschheit, zu erfüllen und erfüllen zu können. Die deutsche Verfassung, die der Präsident des Reiches beschwören muß, zeigt den Weg, das alte schwarz-rot-goldene Symbol großdeutscher Einheit, das Ziel: die Freiheit Deutschlands und die Mitarbeit dieses freien Deutschlands an einer glücklichen europäischen Zukunft. Das deutsche Volk wird die Verwirklichung seines berechtigten Selbstbewußtseins und die Erfüllung seiner nationalen Bestimmung künftig darin suchen, daß es mit anderen Völkern Achtung um Achtung tauscht. Die Zeit, in der wir leben, ist nicht nur eine Zeit des Leidens, sondern auch der Größe, ist wahrhaft ästerliche Zeit.

Millionen arbeitender Menschen suchen nach Verständnis, verlangen Vertrauen und sind auch bereit, neuer Führerschaft ihr Vertrauen zu schenken; aber Millionen Menschen, die bisher im Alltäglichen befangen und gefangen waren, suchen heute auch wieder den Weg aus den Wirrnissen des materiellen Daseins zur höheren Erkenntnis. Möge dieses Suchen und Sehnen nun auch seine mutige Stimme finden, jetzt, wo es die höchsten Lebens- und Zukunftsfragen der Nation gilt; nicht um der einzelnen Person, nein, um der Nation willen. Mögen Freiheit und sittliche Pflicht über alle Interessen und Parteien hinweg zum Vorkommen des ganzen deutschen Volkes werden. An diesem Ziel mitzuwirken, ist mein ganzes Streben, wozu auch der Wille und das Vertrauen des Volkes mich stellen mag.“

Der Aufruf der sozialdemokratischen Partei

Auch der sozialdemokratische Parteivorstand hat jetzt seinen Wahlauftrag veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die erste Schlicht ist gewonnen. Jetzt gilt es, siegreich den Feldzug zu beenden und den Erfolg zu sichern. Erstes Ziel war uns die Erhaltung und Sicherung der Republik! Oberstes Gebot ist uns, die Monarchisten zu schlagen! Deshalb müssen wir alle Republikaner für den zweiten Wahlgang vereinen. Unsere Trennung ist der Sieg der monarchistischen Parteien, unsere Einigung ist ihre Niederlage. Die wiederholte Aufstellung eines Sozialdemokraten hätte die Sammlung aller republikanischen Kräfte im bürgerlichen Lager erschwert, hätte die Aussichten der Monarchisten verbessert. Deshalb forderte politische Notwendigkeit die Einigung der drei Parteien, die gemeinsam die Verfassung von Weimar geschaffen haben, der Parteien, die so viele Blutzugungen, wie Erzberger und Rathenau, der Republik als Opfer gebracht haben: Wir stimmen bei dieser Wahl nicht für das Zentrum oder eine andere Partei. Die Entscheidung über einzelne Gesetze, seien es Schulfragen oder andere, ist nicht Aufgabe des Reichsoberhauptes, darüber beschließen die Parlamente und die politischen Parteien im Reich und in den Ländern. Wir wählen in Wilhelm Marx die

Persönlichkeit, die als treuer Hüter der Verfassung Schutz und Schirm der Republik sein soll. Wir stimmen für Wilhelm Marx als den sicheren und erprobten verfassungstreuen Republikaner. Wir stimmen für Marx als den Mann, der in der inneren Politik die Herrschaftsansprüche der Deutschnationalen, die Diktaturgelüste des Großkapitals und der großen Landwirtschaft abgewiesen hat. Wir stimmen für Marx, weil er von der Notwendigkeit des sozialen Fortschritts überzeugt ist, weil er die Rechte, die die Verfassung dem Staatsbürger und dem Reichstag gibt, nicht antasten wird. Wir stimmen für Marx als den bewährten Vertreter einer Außenpolitik der Völkerverständigung, der Befreiung von fremder Besetzung und erneuter Kriegsgefahr. Die Kandidatur Hindenburg ist eine Gefahr für den Frieden! Wie soll unter Hindenburg die Räumung des Rheinlandes durchgeführt werden? Maßloses Unglück brächte diese Wahl über das gesamte deutsche Volk. Ihre politische und wirtschaftliche Unsicherheit droht. Die deutsche Währung wird aufs neue gefährdet. Wer Hindenburg wählt, der stimmt für neue Inflation, der macht die Arbeitenden ärmer, die Stimmes und Hoffen reicher. Das muß verändert werden! Deshalb alle Stimmen für Wilhelm Marx!“

Der bayerische Bauernbund für Marx

Der Bayerische Bauernbund tritt für die Wahl von Marx ein. Er gibt darüber folgende Mitteilung aus: „Die Landesvorstandsversammlung des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes vom 11. April bestätigte den Beschluß vom 6. April und empfiehlt den Anhängern, am 26. April ihre Stimme für Marx abzugeben, ohne damit auf sie einen Zwang auszuüben.“

Ein Aufruf Hindenburgs

Hindenburg hat folgenden Aufruf erlassen: An das deutsche Volk!

Ostern 1925
„Vaterländisch gesinnte Deutsche aus allen deutschen Gauen und Stämmen haben mir das höchste Amt im Reiche angetragen. Ich folge diesem Rufe nach ernster Prüfung in Treue zum Vaterland. Mein Leben ist klar vor aller Welt. Ich glaube, auch in schweren Zeiten meine Pflicht getan zu haben. Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung ohne Ansehen der Person, der Herkunft und des Berufsstandes als Reichspräsident zu wirken, so soll es an mir nicht fehlen. Als Soldat habe ich immer nur die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien. Sie sind in einem parlamentarischen regierten Staat notwendig; aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen, unabhängig von ihnen für jeden Deutschen walten. Den Glauben an das deutsche Volk und an den Beistand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umschwung der Dinge zu glauben. Kein Krieg, kein Aufruhr im Innern kann unsere gefesselte, leider durch Zwietracht zersplitterte Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit, es bedarf vor allem der Säuberung unseres Staatswesens vor Denen, die aus der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Reinlichkeit des öffentlichen Lebens und Ordnung kann kein Staatswesen gedeihen. Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechts hochzuhalten. Wie der erste Präsident auch als Hüter der Verfassung seine Herkunft aus der sozialistischen Arbeiterschaft nie verleugnet hat, so wird auch mir niemand zumuten können, daß ich jemals meine politische Ueberzeugung aufgeben. Gleich dem von mir hochgeschätzten Herrn Dr. Jarres erachte auch ich in jeglicher Zeit nicht die Staatsform, sondern den Geist für entscheidend, der die Staatsform befeelt. Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahr und den konfessionellen und sozialen Frieden will, und bitte ihn: „Hilf auch Du mit zur Auferstehung unseres Vaterlandes!““

Hitler für Hindenburg

Der Münchener „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf der Hitlerpartei zur Reichspräsidentenwahl. Der Aufruf, von Adolf Hitler unterzeichnet, fordert die Anhänger der Partei auf, ihre Stimme für Hindenburg abzugeben.

Die Regelung deutsch-französischer Grenzfragen

Paris, 13. April. Im französischen Außenministerium wurde das deutsch-französische Abkommen über die Einrichtung von Grenzbahnhöfen an der deutsch-französischen Grenze unterzeichnet. Ferner wurde der Vertrag über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich paragrafisiert, dessen formelle Unterzeichnung nach Fertigstellung gewisser technischer Arbeiten demnächst erfolgt. Deutscherseits wurde das Abkommen von dem Wirklichen Legationsrat Frhr. v. Grünau, französischerseits von dem Referenten im Außenministerium Brugere unterzeichnet, die beide von ihren Regierungen mit der Führung der Verhandlungen betraut waren.

Dr. Paasche †. Der frühere Vizepräsident des Reichstages Dr. Paasche ist in Detroit (Amerika) gestorben. Dr. Paasche, der sich auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten befand, war er Vorträge über die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere über die Zustände in dem von den Franzosen besetzten Gebiet, hielt, erkrankte bei seiner Ankunft in Detroit an Lungenerkrankung.

Landgerichtspräsident Wihl. Mayer †. In München verstarb am 13. ds. der Präs. des Landesger. München I, Wihl. Mayer. Er gehörte zu den populärsten Richtern der letzten Jahrzehnte und führte eine Reihe weltbekannter Prozesse, u. a. den Eulenburgprozeß und den Prozeß gegen die Münchener „Post“, in dem auch Rebel als Zeuge erschien.

Nach dem Rücktritt Herriots

Noch keine Lösung

Die Feiertage haben nach den vorliegenden Pariser Meldungen keine Lösung der Krise und auch keine Klärung der Situation gebracht. Der Präsident der Republik Doumergue hat als ersten der von ihm konsultierten Politiker den Kammerpräsidenten Painlevé ersucht, das neue Kabinett zu bilden. Dieser hat jedoch abgelehnt, da das Kabinett, das er zu bilden in der Lage wäre, sich kaum von der Zusammensetzung und der Politik des Ministeriums Herriot unterscheiden und mit den gleichen Schwierigkeiten im Senate zu rechnen haben würde. Doumergue hat daraufhin dem Abgeordneten Briand die Bildung des Ministeriums angeboten, der die Annahme von dem Ergebnis seiner Besprechungen abhängig gemacht hat. Briand hat auch die Sozialisten aufgefordert, in das neue Ministerium einzutreten und bereits bekanntgegeben, daß er im Falle der Ablehnung der Sozialisten entschlossen sei, auf die Bildung des Kabinetts zu verzichten. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Sozialisten Briand bewilligen sollten, was sie Herriot nahestehenden Kreisen rechnet man bereits damit, daß Doumergue nach Briands Ablehnung zunächst einen Politiker des Kartells mit der Bildung des Kabinetts beauftragen wird (es wird dafür der Justizminister im Kabinett Herriot, René Renaux, genannt) und nach dessen vorläufigem Fiasco auf Briand zurückkommen werde, der dann sein Ministerium ohne die Sozialisten konstituieren würde.

Solange das Kartell der Linken zusammenhält, haben — wie es in einer Pariser Correspondenz der „Refr. Ztg.“ heißt — solche Spekulationen allerdings wenig Aussicht auf Erfolg. In den Kreisen der Linken macht man dem Präsidenten Doumergue zum Vorwurf, daß er mit der Berufung Painlevés und Briands die Regeln des Parlamentarismus durchbrochen habe. Da das Ministerium Herriot von den Parteien der Rechten, insbesondere von Poincaré und François Marsal gestützt worden ist, hätte diesen zunächst die Bildung des neuen Kabinetts angeboten werden müssen. Sie hätten es zwar sicherlich abgelehnt, ein Ministerium zu bilden, das von der Kammer verwerfbar schon bei seinem ersten Auftreten gestürzt worden wäre, aber es wäre damit insofern eine klare Situation geschaffen worden, als der Nachweis erbracht gewesen wäre, daß unter den gegebenen Umständen kein Ministerium auf anderer Basis möglich ist, als der des gestürzten Kabinetts. In diesem Falle hätte die Linke verlangen können, daß Herriot selbst mit der Neubildung betraut werde. Gerade diese Eventualität habe aber Doumergue, wie es scheint, verdrängen wollen.

Angeht die Dringlichkeit der Verabschiedung der von dem Ministerium Herriot eingebrachten Vorlage auf Erhöhung des Rentenumschlages und der damit zusammenhängenden neuen Konventionen wurde bereits der Gedanke ausgesprochen, ein Ministerium lediglich ad hoc zu bilden, das, nach der Annahme der einschlägigen Gesetzesentwürfe sowie eines provisorischen Budgets für den Monat Mai durch das Parlament, wieder zurücktreten würde. Dieser Gedanke ist jedoch auf Grund der Konferenzen, die Briand mit dem Finanzminister des zurückgetretenen Kabinetts, de Monzie, und dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Robineau, gehabt hat, wieder aufgegeben worden.

W.D. Paris, 14. April. Ueber die Lage ist folgendes zu berichten: Der Vorschlag des Finanzministers de Monzie, ein provisorisches Kabinett zu bilden, um die Frage der Erhöhung des Rentenumschlages zu regeln, kann als erledigt betrachtet werden, da er den Widerstand fast aller maßgebenden politischen Persönlichkeiten gefunden hat. Die Frage, ob es Briand gelingen wird, ein Kabinett zu bilden, kann nach den Ergebnissen der gestrigen Beratungen umsoweniger mit ja bezeichnet werden, als Briand zweifellos nicht auf die Beteiligung der Sozialisten an seinem Kabinett rechnen kann. Es ist sogar gestern auf den Widerstand eines Teiles der radikalen Kammerfraktion gestoßen. Es fragt sich nun, ob Briand — worüber er sich bis jetzt noch nicht ausgesprochen hat — die sozialistische Beteiligung an seinem Kabinett für unerlässlich hält. Bejahendenfalls werde er wohl auf die Kabinettsbildung verzichten.

Andererseits verhält es sich mit der Frage der Unterstützungspolitik der Sozialisten. Soll diese einem Kabinett Briand gewährt werden? — Auch darüber wird heute der Nationalrat der Partei Auskunft geben, so daß man wohl behaupten kann, daß alle Kombinationen vor heute spät abends oder vielleicht sogar vor morgen vormittag verfrüht erscheinen. Wenn Briand nur mit dem Kartell der Linken ein Kabinett bilden will, dann müßte er, wenn der kleine sozialistische Parteitag weder eine direkte Beteiligung an seinem Kabinett, noch die Unterstützungspolitik annimmt, wie es die sozialistische Vereinigung von Toulon gestern abend bereits gefordert hat, auf die Kabinettsbildung verzichten. In diesem Falle — so habe man gestern abend in den Wandelgängen der Kammer erklärt — würde Präsident Doumergue nochmals versuchen, Painlevé zur Bildung des neuen Kabinetts zu bringen, und wenn dieser sich weigert, dann bleibt wahrscheinlich nichts anderes übrig, als dem jetzigen Justizminister René Renaux, die Bildung des neuen Kabinetts zu übertragen. In dieser Kombination werde jedenfalls Briand das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten übernehmen. In gewissen politischen Kreisen werde sogar angenommen, daß Herriot dieses Ministerium übernehmen würde, während Briand das Justizministerium anvertraut werden könnte.

Kurze Nachrichten

Der schweizerische Bischof Dr. Stammeler †. In Solothurn ist im Alter von 85 Jahren nach langen schweren Leiden der Bischof von Basel und Lugano, Dr. Jakob Stammeler, gestorben. Im Jahre 1903 wurde er als Nachfolger von Bischof Daas zum Bischof von Basel und Lugano gewählt. In Anerkennung seiner Verdienste um die schweizerische Altertumskunde erteilte ihm die Universität Bern im Jahr 1903 den Titel eines Dr. der Philosophie.

Hg. Köhner tödlich verunfallt. Der bayerische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Köhner, der erst vor kurzem aus der Festungshaft in Landsberg am Lech entlassen wurde, ist auf einer Autofahrt, die er mit seiner Familie unternahm, bei Feldkirchen bei München tödlich verunglückt. Auch seine Frau und seine Söhne sind verletzt.

Der frühere Reichspostminister Döhl, der sich seit langer Zeit unter der Anschuldigung der Bestechung in Untersuchungshaft befindet, wurde in den letzten Tagen vom Untersuchungsrichter eingehend über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe abschließend vernommen. Im Anschluß an diese Vernehmung hat, wie der „Vorwärts“ meldet, Rechtsanwalt Dr. Albers einen eingehend begründeten Entlassungsantrag gestellt.

Zur Regierungskrise in Döbering. Der Staatsgerichtshof wird, wie das „D. L.“ erfährt, sich wahrscheinlich bereits in dieser Woche mit der Frage der Auflösung des oberbayerischen Landtages befassen. Von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird auch der Termin der etwaigen Neuwahlen abhängen.

Badischer Teil

Die neuen internationalen Wagnerdurchläufe auf der Schwarzwaldbahn

Mit dem kommenden Sommerfahrplan wird die badische Schwarzwaldbahn über Triberg nach Konstanz, die durch ihre Linienführung und ihre landschaftliche Schönheiten berühmt ist, wenigstens zum Teil wieder in ihre alte Stellung als wichtiges Glied im internationalen Verkehrsnetz Englands—Hollands—Schwarzwald—Bodensee—Schweiz einrücken. Mit dem 6. Juni werden wieder drei Schnellzugpaare über die Schwarzwaldbahn verkehren, davon das eine wie bisher, das zweite umgewandelt aus dem bestehenden Zugpaar, das dritte neu eingeführt im Linienzug Holland—Bodensee. Dazu kommt noch das beschleunigte Personenzugpaar, das geschlossen zwischen Frankfurt und Konstanz durchläuft und beiderseits günstige Anschlüsse hat. Die jetzt erfolgte Fertigstellung des Fahrplanes zeigt, daß alle drei Schnellzugpaare mit internationalen Wagnerdurchläufen ausgestattet sind, der einerseits Holland, andererseits die Schweiz, diese nach zwei Richtungen Zürich und Chur, einbegreift. Mit wesentlich besseren Anschlüssen werden die großen direkten Schnellzüge Bremen und Hamburg sowie Berlin und Dresden—Frankfurt—Basel in Verbindung mit der Schwarzwaldbahn bedacht, so daß als Ganzes genommen der neue Fahrplan der Schwarzwaldbahn gegen das vergangene Jahr einen bedeutenden Fortschritt darstellt.

Volkshilfsbildung

Die Gesellschaft für Volkshilfsbildung veranstaltet, wie uns geschrieben wird, am 18. April, nachmittags 4 Uhr, in Mannheim, im kleinen Kasinoaal, R. 1, 1, am Marktplatz, eine Versammlung ihrer Mitglieder und der Freunde freiwilliger Bildungsarbeit. Auf der Versammlung wird Herr J. Teus, Geschäftsführer der Gesellschaft für Volkshilfsbildung, über die gegenwärtige Lage der freiwilligen Bildungsarbeit und die Tätigkeit der Gesellschaft für Volkshilfsbildung sprechen. Daran soll sich eine Aussprache über das Bildungsproblem in den nordbadischen Bezirksamtern, aus denen Teilnehmer erwartet werden, anschließen. Es ist zu erhoffen, daß durch die Versammlung die Volkshilfsbildungsarbeit (Volkshilfsvereine, Vortragsvereine, Kunstbühnen, Wanderbühnen) in den genannten Gebieten wesentliche Anregungen erfährt.

Zwischenaktion für Verdrängte

Nach den nunmehr im Prinzip feststehenden Ausführungsbestimmungen wird die Nachentschädigung für das Gebiet der früheren Zweigstellen Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Konstanz und Offenburg von der Abteilung 8 der Hauptstelle des Reichsentschädigungsamtes in Berlin festgesetzt.

Bezüglich der in den letzten Monaten gewährten Altersbeihilfen an Rentnerinnen hat der Präsident des Reichsentschädigungsamtes — im Gegensatz zu den vorgesehenen Richtlinien — in Aussicht gestellt, daß die bisher gewährten Beihilfen an ältere oder erwerbsunfähige Geschädigte für die Dauer der Nachentschädigungsperiode weiter gezahlt werden sollen.

Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden für Kriegsbeschädigte

Das Erholungsheim für Kriegsbeschädigte auf dem Annaberg in Baden-Baden wird am 1. Mai 1925 wieder eröffnet. In das Erholungsheim können erholungsbedürftige Kriegsbeschädigte, ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften badischer und hohenzollerischer Staatsangehörigkeit bis zur Dauer von 28 Jahren aufgenommen werden.

Alt-katholische Landesynode

In Säckingen fand in diesen Tagen die gut besuchte altkatholische Landesynode statt. Der erste Nachmittag war den Steuerberatungen unter Vorsitz von Professor Dr. Mannheim gewidmet. Abends sprach im Rahmen einer Gemeindefeier Stadtpfarrer Prof. Dr. Neufuss aus Konstanz über „Pflicht und Freiheit im altkatholischen Bekenntnis“. Musikalische und gesangliche Darbietungen verschönten die Feier. Die eigentliche Tagung der Landesynode fand nach einem feierlichen Gottesdienst am nächsten Tag statt, unter Leitung von Stadtpfarrer Kreuzer-Mannheim.

Gemeinde-Rundschau

Zur Bürgermeisterwahl in Rehl wird gemeldet, daß verschiedene Parteien sich an einen Regierungsrat in Offenburg gewendet haben und ihm die Kandidatur anbieten. Der betreffende Regierungsrat soll jedoch abgelehnt haben. Befamlich ist die Bürgermeisterwahl in Rehl bereits zweimal ergebnislos verlaufen.

Der Kraftwerksbau in Böhrenbach. Nach dem letzten Gemeinderatsbericht beträgt der im Jahre 1925 zu bestreitende Aufwand für die Fertigstellung des nunmehr seit drei Jahren im Bau befindlichen Kraftwerkes etwa 700 000 Rentenmark. Die Firma Dyckerhoff u. Widmann A.G. Karlsruhe hat sich verpflichtet, die Arbeiten an der Talperre in Afford fertigzustellen. Mit Rücksicht auf die großen Vorteile an Holz im Böhrenbacher Wald — etwa 200 000 Festmeter über 100-jähriges Holz — hat die Forstdirektion den ordentlichen Hiebssatz auf mindestens 10 000 Festmeter erhöht und einen außerordentlichen Holzabtrieb von mindestens 80 000 Festmetern bewilligt. Das Ergebnis des außerordentlichen Holzabtriebes soll zur Deckung des Bauaufwandes für das Kraftwerk mit etwa 2 Millionen Mark Verwendung finden. Man hofft nun bestimmt, die Vollenbung der Talperre und damit des ganzen Werkes im Herbst feiern zu können, nachdem in den vorhergegangenen Jahren die Witterung den Fortgang der Arbeiten vielfach stark beeinträchtigt hat. Diese sogenannte durchbrochene Talperre bietet eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges, da sie eine der ersten dieser Art in ganz Deutschland ist.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. März, 14. April. Ein umfangreicher Schnitzholzbruch kam dieser Tage vor dem hiesigen Schöffengericht zur Beurteilung. Auf der Anklagebank saßen acht Personen. Die Hauptangeklagten, die Gebrüder Haller, waren in einer hiesigen Fabrik mit dem Ausschleusen von silbernen Abzweigungen beschäftigt und entwendeten etwa 50 Kilogramm Silber schnitzholz im Werte von etwa 6000 Mark. Das Gericht verurteilte beide zu 1 Jahr bzw. 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis. Wegen gewerbmäßiger Hehlerei erhielten der Mechaniker Gustav Adolf Reih 1½ Jahre Zuchthaus und der Kleinrentfabrikant Adolf Für 1 Jahr Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten erhielten wegen Hehlerei Geldstrafen oder mehrwöchige Gefängnisstrafen. Weiter wurde wegen gewerbmäßiger Hehlerei der Edelsteinschleifer Adolf Wöhl aus Säckingen, der von seiner Frau bei ihrem Arbeitgeber gestohlene Gold-

und Silberwaren, sowie Schnitzholz im Gesamtwerte von etwa 10 000 Mark weiterveräußert hatte, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

W.D. Friedrichshafen, 14. April. Vom Luftschiffbau Zeppelin wird uns mitgeteilt, daß die Blättermeldung, die Zeppelin-Gesellschaft verhandele wegen Verlegung der Werkstätte auf schweizerisches Gebiet, in jeder Hinsicht unrichtig ist.

13. April. Der badische Staatspräsident Dr. Hellbach wird am Freitag, 17. April, nach Stuttgart kommen um abends in öffentlicher Versammlung im Stadgartenaal zu reden.

Aus der Landeshauptstadt

Kriegsgräberfürsorge

Ende dieser Woche wird in Karlsruhe unter dem alle einigenden Ziele der Kriegsgräberfürsorge die 7. Bundestagung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge stattfinden. Auf die Einladung der Stadtverwaltung, des Verkehrsvereins und der Ortsgruppe Karlsruhe des Volksbundes hat sich der Bundesvorstand in Berlin entschlossen, die Tagung, zu der noch eine Reihe anderer Städte geladen hatten, in Karlsruhe abzuhalten. Trotz der für eine Tagung von Vertretern aus dem ganzen Reich unangünstigen Lage Karlsruhs, haben sich auswärtige Vertreter in größerer Zahl als bei früheren Tagungen, sogar aus Stettin und Breslau, bereits angemeldet. Mit den bisherigen ordentlichen Bundestagungen in Berlin, Nürnberg, Leipzig und Hamburg war jeweils eine große erhebende Gedenkfeier verbunden, die sich stets einer außerordentlichen Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung der betr. Stadt erfreut hat. Da nun vor Kurzem der 1. Volkstrauertag begangen wurde, und eine Reihe von Gedenkfeiern im Anschluß an Regimentsstage in Aussicht stehen, wurde für die hiesige Bundestagung von einer besonderen Feier abgesehen.

Im aber der hiesigen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, bei der Bundestagung kund zu tun, daß auch sie es als eine Ehrenpflicht betrachtet, unsere Gefallenen nicht zu vergessen und um ihr erneut über den neuesten Stand der Kriegsgräberfürsorge zu berichten, findet am Freitag den 17. April, abends 8 Uhr, im Städtischen Konzerthaus ein öffentlicher Vortragsabend statt, bei dem der Musikverein Harmonie unter Leitung seines Dirigenten Hugo Kubeloh die musikalische Umrahmung bieten wird. Es werden sowohl der Vorstand des Landesverbandes Baden, Oberregierungsrat Bauer, wie auch der Präsident des Volksbundes, Oberpfarrer Siemens-Charlottenburg sowie die Vertreter der Verbände und Ortsgruppenvereine sprechen. Den Mittelpunkt der Darbietungen wird ein Lichtbildvortrag über „Unsere Kriegsgräber und die Fürsorge des Volksbundes“ bilden, den der rührige Generalsekretär des Volksbundes, Dr. E. E. Gullen-Verlin, in freundlicher Weise übernommen hat.

Es darf erwartet werden, daß unsere Bevölkerung, Vereine und Verbände aller Richtungen, wie am 1. deutschen Volkstrauertag am 1. März d. J. so auch jetzt wieder ihr großes Interesse an der würdigen Ehrung unserer Gefallenen durch Teilnahme an dem Vortragsabend erweisen werden. Eintrittskarten sind ab Mittwoch, den 15. d. M. im Zigarrenhaus A. Pfeiffer, Kaiserstraße 74 (am Marktplatz), Tel. 576, und am Abend ab 7 Uhr im Konzerthaus erhältlich.

Wir weisen ferner darauf hin, daß der Landesverband Baden, anlässlich der Bundestagung ein Heft herausgibt, das nach einem Begrüßungswort die Befreiungen der Bundestagung anführt, und das neben einem Bericht über den Verlauf des Volkstrauertages in ganz Deutschland, einen Aufsatz über den Ratenfriedhof des Landesverbandes Baden in Münster (Wagen), ein Verzeichnis sämtlicher Ortsgruppen und Verbände des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit Anschriftenangaben enthält.

Der Nienzius-Krone

Gewiß erinnert sich mancher noch der früheren großen Zirkus-Unternehmen der Nienzius, Herbol, Caré, Schumann, später Blumenfeld, Busch und ihrer sehr beachtenswerten Leistungen. Damals war man schon bestrebt, einem Erlahmen des Interesses an den vorwiegend hippologischen Darbietungen durch Aufnahme von Variété-Stücken aller Art vorzubeugen. Immer mehr „Nummern“ wurden in die Aufführungszeit hineingepreßt, indem durch musterhafte Organisation einerseits und ein großes Bedienungspersonal andererseits die für Umbauten und sonstige Vorbereitungen erforderlichen Pausen auf ein Mindestmaß beschränkt wurden. Man sah dann wohl, wie sich der Voreingering in eine hochmöglicher Tischchen veränderte, oder es entstanden gaudyhafteste optische Wilder als Umrahmung für Ballets und Pantomimen. Sogar in eine Wasserfläche hat man die Manege sich verwandeln lassen. Am auch mittleren Städte besuchend zu können, mußte sich jeder große Zirkus ganz auf eigene Füße stellen, mußte nicht nur sich jeweils den Aufführungsraum schaffen, in Gestalt eines riesigen Zeltes und geräumiger Stellungen, mußte umfangreiche Transportmittel zur Verfügung haben, Kraft und Licht selbst schaffen, um von allen lokalen Zufälligkeiten unabhängig zu sein. Ein solch großes Unternehmen gliedert eine Stadt für sich, in der aller Bedarf aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann.

Der große Zirkus Krone, J. D. verfügt daher über alle Hilfskräfte, vom Elektrotechniker bis zum Feuerwehmann und Sanitätspersonal. Die entstehenden erheblichen Ausgaben müssen durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden. Gar zu hohe Eintrittspreise verbieten sich von selbst. So drängten alle diese Erwägungen zur Schaffung eines gewaltigen Zuschauerhauses. Eines viel größeren, als er sich um den kleinen Manegegruppieren ließ. Erst in zweiter Linie wird die Möglichkeit, die Darbietungen zu vermehren, mitbewertet haben. Außerdem kann das vielfältige Ungeheuer, Publikum genannt, nur durch immer neue Sensationen veranlaßt werden, den Zuschauerraum zu füllen. Es will nicht nur Gutes und Neues sehen, sondern das was Neue in reichem Ausmaße. So kam es denn, daß die Manege verdreifacht wurde, wie in dem Zirkus Krone, der am Sonntag abend hier auf dem Wehplatz an der Durlacher Allee seine Arena eröffnete und seitdem alltäglich zweimal eine wahre Völkerwanderung nach dem Offen der Stadt veranlaßt. Das zahlreich erschienene Publikum wird mit den Darbietungen geradezu übersättigt. Denn so muß man es nennen, wenn gleichzeitig in den drei Manege oder zwei Bühnen, die von jedem der gegen 10 000 Plätze gut zu übersehen sind, die Vorführungen beginnen, um in schneller Folge die mehr als hundert Nummern des Programms ablaufen zu lassen. Natürlich nehmen die immer wieder gern gesehenen eigentlichen zirkusförmigen Darstellungen breiten Raum ein: die Freiheitsübungen, die hohe Schule, weiter die gymnastischen und Akrobatikstücke, zu ebener Erde, an Seilen, Leitern und Trapezen. Das erlebte Ferdenmaterial nötig zu hoher Anerkennung. Nach diesen ersten etwa zwanzig Nummern ändert sich das Bild und „Unter Indiens Glutensonne“ entfaltet sich ein reiches Leben von exotischen Wäldern und Tieren, von Fahren mit ihren verblüffenden Vorführungen, sowie Schlangen- und Raubtierzünen. Die folgenden afrikanischen Feuerpiele werden gebührend bewahrt

bert. Von dressierten Seelöwen kann man auch allerlei sehen, das die relativ hohe Intelligenz dieser Tiere beweist. Eine Gruppe von wild eingefangenen Berberlöwen fagt sich nur mit entschiedenem Widerwillen dem Gebot ihres Herrn und Meisters, wodurch dieser Art sich recht aufregend gestaltet. Die dann folgende Vorfahrung einer Elefantenherde, fünf der größten, durch den Direktor Krone, stellt die verblüffendste Leistung des ganzen Abends dar. Der Anblick dieser Kolosse, die so gehorfan und getreulich ihre Arbeit verrichten, wird wohl allen Zuschauern unbergänglich bleiben, unbergänglich auch in seiner Komik. Nun aber legt ein Gewimmel ein von Bediensteten und Helfern und als sich die Situation nach ganz kurzer Zeit wieder klärt, sind die drei Manege rings mit hohen Eisenständern umgeben und durch geschickte eiserne Gänge zugeführt, betreten drei männliche Löwen, wahre Prachtexemplare, rechte Majestäten, den ersten Ring, um ihre Kräfte zu zeigen. Am zweiten Ring werden Löwen und Tiger vorgeführt und im dritten ein Gruppe von zehn bildschönen Eisbären, die von zarter Hand in Zucht gehalten werden. Bald wechselt wieder das Bild und in allen drei Ringen gleichzeitig zeigen dreihundert Tiger und einige Löwen — alle prächtige Tiere — was sie widerwillig gelernt haben. Es ist kein Bild für schwache Nerven! Es folgen dann die lebenswerten Vorfahrungen der „Hagenden Menschen“ und anderes und dann zeigt sich eine weitere Ergründung, die sich aus der Neuordnung in drei Manege ergibt. Es verschwinden die Ringbegrenzungen und der so gewonnene längliche Raum zeigt eine regelrechte altsächsische Rennbahn, in der sofort einläufige Wagenrennen aufgeführt werden. Dann folgen mittelalterliche Turniere von Hähnen in voller Rüstung und weiter ein großes Pferde- und Wagenrennen. — Jeder, der früher mit Vereinerung der Cooperativen Ledertrumpfschichten las, hatte mit Spannung dem Auftreten der Indianerfamilie vom Stamme der Sioux entgegengelesen, die ihre Kriegstänze aufführten und ihre Geschicklichkeit im Wechselspringen zeigten — auch eine sehr lebenswichtige Angelegenheit, die die Herzen des als Ziel dienenden Congresses gewiß auf eine harte Probe stellen. ow.

Ein Strandbad Rappentwirth. Auf der von einem Nebenarm des Rheins bogentförmig umflossenen Insel Rappentwirth bei Daxlanden ist auf Initiative des Bürgermeisters Schneider die Errichtung eines Strandbades mit Erholungsplatz geplant. Die Gesamtlänge des Strandbades mit Erholungsplatz wird über dreimal so groß, als die gesamte Stadtgartenfläche. Die Insel gehört zu zwei Drittel der Stadt Karlsruhe. Das Strandbad soll ein 400 Meter langes und bis zu 120 Meter breites Becken erhalten, das parallel zum Rhein verläuft und mit diesem durch Zu- und Abflusssolen verbunden ist. Auch Luft- und Sonnenbäder sowie Antiseptikräume für 6000 Badergäste und eine große Terrasse mit Restaurant sind vorgesehen. Die Kosten der Anlage, die Straßenbahnverbindung mit der Stadt erhalten soll, werden auf 650 000 bis 700 000 Mark veranschlagt. Eine schwierige Aufgabe wird freilich die Befämpfung der Schafepulpe sein, die sich nur durch große Waldniederlegungen am Rhein und Umwandlung in Wiesengelände (Uberschwemmungswiesen) durchführen lassen dürfte.

Landestheater. In der morgen Mittwoch, den 15., stattfindenden Vorstellung von Suppés „Boccaccio“ wird für die erkrankte Frau Hofmann-Bremer das beliebte frühere Mitglied unserer Oper, Hrl. Elisabeth Friedrich vom Opernhaus Frankfurt a. M. als Gast die Titelrolle singen. Für den ebenfalls erkrankten Herrn Glas gastiert Herr Josef Gareis (vom Opernhaus Frankfurt a. M.) als Scaglia. — Die Neueinstudierung des zweiten Teils von Goethes „Faust“ gelangt am Donnerstag, den 16. April zur dritten Aufführung. Am Samstag, den 18. April, wird Henrik Ibsens großes Drama „Peer Gynt“ mit der Musik von Edward Grieg wieder in den Spielplan aufgenommen. — Im Konzerthaus kommt am Sonntag, den 19. April das Lustspiel „Die Kaiserin des Königs“ von Rudolf Breder und Leo Walter Stein zur dritten Aufführung. Die Erstaufführung von Bernard Shaw's „Die heilige Johanna“ ist auf Samstag den 2. Mai angelegt.

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch: aufsteigend, trocken, wärmer, für 16. April: Eintritt von Regenfällen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	14. April		9. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.74	167.86	167.59	168.01
Kopenhagen 100 Kr.	77.16	77.36	77.27	77.45
Italien 100 L.	17.20	17.24	17.255	17.295
London 1 Pf.	20.65	20.115	20.075	20.125
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	21.55	21.61	21.54	21.60
Schweiz 100 Fr.	81.04	81.24	81.05	81.25
Wien 100 Schilling	59.075	59.095	59.006	59.008
Prag 100 Kr.	12.44	12.48	12.435	12.475

Stellung überall 100 Prozent

Maschinenfabrik Oerter Aktiengesellschaft Durlach. Im Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1924 heißt es: Die Stabilität der Währung und die Umstellung der Vermögensverhältnisse haben wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse für die deutsche Industrie gebracht und es insbesondere den Werken ermöglicht, wieder genaue Kalkulationen wie vor dem Kriege aufzustellen. Die Selbstkosten sind wesentlich höher wie fernerzeit im Frieden und zeigen leider gerade während der letzten Monate wieder eine steigende Tendenz, so daß die Verkaufspreise mehrfach erhöht werden mußten. Unter den Unkosten sind es besonders die Steuern und sonstigen sozialen Abgaben, wie Krankenversicherung, Invaliditätsversicherung und Reichsversicherung, welche sehr ins Gewicht fallen. Die reine Steuer allein betrug im vergangenen Jahre 5,4 Prozent des Umsatzes, während wir im Friedensjahr 1918 hierfür auf ungefähr den gleichen Umsatz nur 1 Prozent aufzuwenden hatten. Das abgelaufene Geschäftsjahr verlief in bezug auf den Absatz ziemlich gleichmäßig und nur in den Monaten Juni, Juli und August war ein gewisser Rückgang bemerkbar. Der Absatz in Maschinen und Fahrzeugen stellt sich der Stückzahl nach etwa 20 Prozent höher als im Jahre 1923. Der Personalbestand beträgt zurzeit etwa 3500 Personen. In der Bilanz ist ein Betrag von 100 000 RM. eingestellt, welcher als Aufwertung für frühere Einlagen in der Fabrikparafise, auf 15 Prozent Verwendung finden soll. Nach Abzug der statuten- und vertragsmäßigen Vergütungen für Aufsichtsrat, Direktion und Beamte beträgt der Reingewinn laut Gewinn- und Verlustkonto für das Jahr 1924 981 611,89 RM. Die Generalversammlung am 22. April hat vorgeschlagen, davon 10 Prozent Dividende auf 6 300 000 RM. Stammapfien 630 000 RM., 6 Prozent Dividende auf 5000 RM. Vorzugsaktien 300 RM. zu verteilen, als Erhöhung und zur Aufbringung sollen überwiefen werden: dem Reservekonto 19 493,35 RM., den Rest verschiedenen Fonds und dem Konto für Errichtung einer Kleinrentenversicherung 9250 RM., 148 817 RM. sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im neuen Jahr war der Umsatz im ersten Quartal befriedigend. Es wird gehofft, auch auf weiteren günstigen Verlauf, sofern die schwebenden Verhandlungen über Handelsverträge einem guten Ende zugeführt werden können.

Schwarzwälder Handelskammer. Eine Plenarversammlung der Schwarzwälder Handelskammer in Sillingen vom 7. April sprach sich für die Aenderung des Namens in „Industrie- und Handelskammer“ aus, damit die Einheitlichkeit der Bezeichnung der Handelskammern im ganzen Deutschen Reich hergestellt wird. Bezüglich des Sillingen Flugplatzes soll versucht werden, alle Linien, die für den Luftverkehr über den Schwarzwald in Frage kommen, über diesen Landungsplatz zu leiten. Erörtert wurde ferner die Frage der Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn. Zur Unterstützung der sich gegen die Ausschaltung des Handels richtenden Bestrebungen des

Einzelhandels wurde beschlossen, ein Rundschreiben an die Industriebetriebe zu richten, mit der Aufforderung, von jedem Ein- und Verkauf von Waren für Betriebsangehörige abzusehen. Die Zweckmäßigkeit der Einführung der Sommerzeit wurde von der Plenarversammlung verneint. Zahlungsschwierigkeiten einer Bank. Die im Jahre 1923 gegründete Krefelder Bank ist nach einer Meldung des „R. L.“ in ernste Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Der Direktor der Bank, Auerbach, ist flüchtig geworden und wird von der Kriminalpolizei gesucht. In Verbindung mit den Zahlungsschwierigkeiten der Bank ist der städtische Hauptkassier Krawitter am Sonntag verhaftet worden. In der darauffolgenden Nacht hat sich der Verhaftete in seiner Zelle erhängt. Er hatte der genannten Bank städtische Kredite in Höhe von 100 000 Mark gewährt, die von der Bank nicht zurückbezahlt werden konnten.

Verschiedenes

Durch Blitzschlag getötet. Montag nachmittag gingen in einem Tale der Sächsischen Schweiz schwere Gewitter nieder. Gegen 4 Uhr nachmittags schlug der Blitz in eine große, die Rote Königstein besitzende Touristengruppe ein. Drei Personen wurden sofort getötet, 6 schwer und 13 leicht verletzt. Die Wirkung des Blitzes war die einer einschlagenden Granate. Sämtliche Personen wurden sofort niedergeschlagen und lagen bemühtlos mit verbrannten und zerfetzten Kleidern umher. Hilfe war schnell zur Stelle, da sich eine Abteilung des Pionierbataillons Nr. 2 auf der Feste befand und auch die Sanitätskolonne Königstein mit mehreren Ärzten sofort herbeieilte. Die Getöteten stammen aus Breslau und Sachsen.

Großkampfflugtag in Staaten. Wohl über 150 000 Zuschauer wohnten den am Ostermontag stattgefundenen Schanewettflügen in Berlin-Staaten bei, das die Zeppelin-Luftschiffbau G. m. b. H. und die Flieger- und Luftschiffbau G. m. b. H. veranstaltet hatten. Den Fliegern waren Preisaufgaben gestellt, u. a. die schwierige Aufgabe des Aufstiegens eines Luftschiffes in 3 Meter Höhe vom Flugzeug aus. Bei einer Ballonverfolgung wurden für jeden Flieger fünf Ballons losgelassen, die in möglichst kurzer Zeit durch Klappen zu vernichten waren. Die Abschätzung der geheimgehaltenen Höhe bei zwei Fallschirmabsprüngen hatte das Ergebnis, daß 10 Zuschauer die richtige Höhe schätzten. Sie erhielten Gratisflüge nach verschiedenen großen deutschen Städten.

Amerikanische Polarexpedition. Präsident Coolidge genehmigte, wie aus Washington gemeldet wird, einen Vorschlag des Polarforschers Millan betreffend Erforschung des Gebietes zwischen Alaska und dem Nordpol mit Hilfe von Regierungsluftzeugen. Man hofft dabei, den in dieser Gegend vermuteten arktischen Kontinent zu entdecken. Dieses Gebiet ist der einzige weisse Fleck auf der Karte des Nordens. Die Expedition wird wahrscheinlich am 15. Juni beginnen.

Staatsanzeiger

Lotterie des Turnvereins Mannheim. Dem Turnverein Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie erteilt. Karlsruhe, den 4. April 1925. Der Bad. Minister des Innern J. R. Veers.

Prakt. Arzt Dr. Alfred Jäser in Grafenhausen hat sich der Prüfung für Staatsärzte unterworfen und ist für bestanden erklärt worden. Karlsruhe, den 28. März 1925. Der Minister des Innern J. R. Krasperger.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Kreisbuch. A. 368. Handelsregister B Bd. I O.-Z. 2 Firma Deutsche Eisenbahn-Anstalt vormals Schabel u. Henning, C. Stahmer, Zimmermann u. Buchloh, Bruchsal. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Januar 1925 wurde das Stammkapital der Gesellschaft, das bisher 84 Millionen Papiermark betrug, umgestellt auf 6 400 000 Reichsmark Stammkapital und 5000 Reichsmark Vorzugsaktienkapital, zusammen also 6 405 000 Reichsmark. Gleichzeitig wurde das Stammkapital um 815 000 Reichsmark erhöht und beträgt somit jetzt 6 720 000 Reichsmark, eingeteilt in 80 000 auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je 80 Reichsmark und 320 auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je 1000 Reichsmark. Jede Stammaktie über 80 Reichsmark gewährt eine Stimme, jede Vorzugsaktie über 1000 Reichsmark 200 Stimmen. Die §§ 5 Abs. 1 und 18 Satz 1 des Gesellschaftsvertrags wurden entsprechend der Umstellung und Erhöhung des Stammkapitals geändert. Bruchsal, 2. April 1925. Bad. Amtsgericht.

Kreisbuch. A. 366. In das Handelsregister W Bd. I O.-Z. 12, Firma Karl Schneider & Cie., Konwert, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldbrunn, wurde heute eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 9. 4. 1925 zu Firma: Unterberg und Pelme mit Sitz in Durlach. Der Sitz der Firma ist nach Karlsruhe verlegt. Amtsgericht. A. 399.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 8. 4. 1925 zu Firma: Eugen Scherer mit Sitz in Durlach; Dem Kaufmann Otto Kern in Durlach ist Prokura erteilt. Amtsgericht. A. 414.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 8. 4. 1925 zu Firma: Sölling-

Tag und Nacht betriebsbereit sind automatische „Priteg“ Fernsprech- und Signalanlagen

Ausführung durch Mannheimer Privat Telefon Ges. m. b. H. Mannheim N 5, 11 Tel. 1552, 996

Badische Telefon Gesellsch. m. b. H. Karlsruhe, Tel. 4982, Gartenstr. 4

Schwarzwälder Telefon Gesellschaft Freiburg, Tel. 2196, Thurnseestr. 51

Südbadische Telefon Gesellschaft Konstanz, Tel. 1004 Bahnhofsplatz 10



D.-Z. 174 Seite 353: Firma J. Diebold u. Sohn, Inhaber Chr. Wähler, Eichtetten: Das Geschäft wird vom 1. April 1925 ab vom früheren Inhaber Friedrich Diebold, Kaufmann in Eichtetten, unter bisheriger Firma J. Diebold u. Sohn, Eichtetten, ohne Zusatz weitergeführt. A Band I O.-Z. 225 E. 461, Fortsetzung von Emmendingen. A. 369. Handelsregister: A Band I O.-Z. 225 E. 461, Fortsetzung von

D.-Z. 174 Seite 353: Firma J. Diebold u. Sohn, Inhaber Chr. Wähler, Eichtetten: Das Geschäft wird vom 1. April 1925 ab vom früheren Inhaber Friedrich Diebold, Kaufmann in Eichtetten, unter bisheriger Firma J. Diebold u. Sohn, Eichtetten, ohne Zusatz weitergeführt. A Band I O.-Z. 225 E. 461, Fortsetzung von

Emmendingen. A. 377. Eintrag zum Handelsregister Abt. A O.-Z. 170: Firma: Hermann Josef Diebinger, Maschinenbau in Mühlhausen, Amt Engen. Inhaber: Hermann Josef Diebinger, Maschinen- und Mühlenbaumeister in Mühlhausen. Engen, 31. März 1925. Amtsgericht.

Eppingen. A. 370. Handelsregister eintrag: Firma Gustav Jäh in Eppingen. Das Geschäft ist auf Kaufmann Gustav Jäh jg. in Eppingen übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt. Firma Karl Mannherz in Sulzfeld. Die Firma ist erloschen. Eppingen, 2. April 1925. Amtsgericht.

Ettlingen. A. 378. Handelsregister B O.-Z. 13: Kunstgießerei u. Ge-

Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Ettlingen. Durch Gesellschaftsbeschl. vom 17. Dezember 1924 wurde das Stammkapital im Wege der Umstellung auf 19 920 Reichsmark ermäßigt und dementsprechend § 4 des Gesellschaftsvertrags geändert. Die Geschäftsführer Karl Birsch in Karlsruhe und Arthur Hofmann in Karlsruhe, Weiertheim sind ausgeschieden; an deren Stelle wurden als Geschäftsführer bestellt: Josef Vichtenberger, Mechaniker, orthop. Mechaniker, beide in Ettlingen. Ettlingen, 6. April 1925. Amtsgericht.

Karlsruhe. A. 379. Handelsregister einträge A: 1. S. Blum & Co., Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft, welche am 1. März 1925 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter: Paul Herbert Blum, Kaufmann, Karlsruhe, Karl Wälsche, Kaufmann ebenda. (Großhandel und Generalvertretungen in Lederwaren u. Genussmitteln, Nebenunters. d. d.) 28. März 1925. 2. Carl Herzog, Karlsruhe. Eingekaufmann: Carl Herzog, Kaufmann, Karlsruhe. (Auto-Maschinenöle und Fette, Weiertheim. 85.) 1. April 1925. Veränderungen. 3. August Merkle, Karlsruhe. Inhaber: Eugen Luz, Kaufmann, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist

